

KURZ UND PRÄGNANT

Bürgergeld-Mogelpackung

Das Bürgergeld-Konzept des ehemaligen Ministerpräsidenten Dieter Althaus „zerstört die Sozialsysteme und fördert die soziale Spaltung der Gesellschaft“, kritisierte MdL Jörg Kubitzki. Althaus verspreche sich enorme Einsparungen, die „aber nur durch Kürzungen von sozialen Leistungen erreicht werden“, also durch den Wegfall von Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende und nicht Erwerbsfähige sowie des Kindergeldes. Durch die 200 Euro monatlich zu zahlende Gesundheitsprämie werde „die Kopfpauschale durch die Hintertür eingeführt“. Statt der Mogelpackung Bürgergeld fordert die LINKE eine bedarfsorientierte, Existenz sichernde soziale Grundsicherung, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und das Recht auf Arbeit und Arbeitsförderung. ■

Unbürokratische Hilfe

Nach dem Erdfall in Schmalkalden forderte Tilo Kummer eine Rechtsgrundlage, damit den betroffenen Menschen schnell und sinnvoll geholfen werden kann. Der LINKEN-Abgeordnete verwies auf den Erdfall in Tiefenort, wo es die Landesregierung bedauert, keine Handlungsmöglichkeiten zu haben. „Thüringen ist ein Land, das durch Altbergbau und biologisch schwierige Untergrundverhältnisse geprägt ist. Deshalb können solche Fälle immer wieder auftreten. Es erweist sich auch zunehmend als schwieriger, sich gegen solche Naturereignisse zu versichern“, gab Kummer zu bedenken. ■

Es rumpelt gemeinsam

„Da rumpelt gemeinsam, was nicht zusammen gehört“, so das Resümee von Bodo Ramelow nach einem Jahr Schwarz-Rosa in Thüringen. Bei der Atompolitik, aber auch in anderen Schwerpunktbereichen, wie der Bildung, direkten Demokratie oder zu Fragen der Kita-Finanzierung passe in dieser Koalition nichts zusammen. „Lediglich beim Schwarze-Peter-Spiel ist man sich einig!“, konstatierte der LINKEN-Fraktionschef. Auch in Haushaltsfragen sei „nicht der Hauch einer Gemeinsamkeit zu erkennen - weder bei der Einnahmenverstärkung noch bei einer Schwerpunktbildung bei den Ausgaben. Eine Verwaltungs- und Kommunalreform ist genauso in weite Ferne gerückt wie eine gerechte Lösung im Abgabestreit bei Straßenausbau- und Abwasserbeiträgen.“ ■

Für die Bürgerallianz ist der Gesetzentwurf ein Kompromiss

Öffentliche Anhörung der Landtagsfraktionen der GRÜNEN und der LINKEN

Die übergroße Mehrheit in der öffentlichen Anhörung hielt die Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen für unzeitgemäß und fordert deren Abschaffung. Weil CDU und SPD im Innenausschuss nur einer schriftlichen Anhörung zum gemeinsamen Gesetzentwurf von Bündnis 90/Grüne und LINKE zur Abschaffung der Abwasserbeiträge und Weiterentwicklung der Straßenausbaubeiträge zugestimmt hatten, boten beide Fraktionen eine eigene öffentliche Anhörung am 28. Oktober an, denn nur so kann es zu einem Dialog mit Sachverständigen und Betroffenen kommen.

Über 100 Vertreter von Kommunen, Zweckverbänden, Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden – im Foto der Bürgermeister von Liebenstein im Ilmkreis, Albrecht Dürer (DIE LINKE) – diskutierten mit Dirk Adams (Bündnis 90/Grüne) und Frank Kuschel (Linksfraktion). Auf Vorschlag der Thüringer Bürgerallianz, dem Dachverband der Bürgerinitiativen für sozial gerechte Kommunalabgaben, war durch die beiden Fraktionen der Gesetzentwurf im September in den Landtag eingebracht worden. Nachdem 2005 die Wasserbeiträge abgelöst wurden, geht es jetzt vor allem um die Ab-

schaffung der Abwasserbeiträge. Bei den Straßenausbaubeiträgen sollen die Gemeinden selbst entscheiden können, ob und in welcher Höhe sie die Bürger an den Kosten des kommunalen Straßenbaus durch die Erhebung einer Infrastrukturabgabe beteiligen.

Die Bürgerallianz betrachtet den Gesetzentwurf als einen Kompromiss und



würde viel lieber auch die Straßenausbaubeiträge vollständig streichen. Eine ähnliche Forderung erhebt der Verband der Haus- und Grundstückseigentümer Thüringens. Eine komplette Abschaffung der Straßenausbau-

beiträge ohne Ersatzfinanzierung kann auf Landesebene allein nicht beschlossen werden. Da müsste der Bund mit ins Boot, was gegenwärtig leider illusorisch ist. Der Verband der Grundstücksnutzer (VDGN) bezeichnete den Gesetzentwurf als einen gelungenen Kompromiss und beispielgebend für andere Bundesländer. Der Thüringer Mieterbund befürchtet jedoch eine deutliche Mehrbelastung der Mieter. Dazu entbrannte eine hitzige Diskussion. Dirk Adams und Frank Kuschel halten die Einwände für prüfungswert, verweisen aber auch auf eigene Berechnungen. Demnach wäre die zusätzliche Belastung der Mieter nur gering. Bereits jetzt ist die Hälfte der Einwohner Thüringens nicht mehr von Abwasserbeiträgen betroffen, ohne dass dabei die Abwassergebühren überdurchschnittlich hoch wären. Durch eine Infrastrukturabgabe würden die Betriebskosten um weniger als ein Prozent steigen.

Wenn die Ergebnisse der schriftlichen Anhörung vorliegen, wird sich der Innenausschuss mit dem Gesetzentwurf weiter beschäftigen. Bündnis 90/Grüne und LINKE wollen dann auch die Ergebnisse ihrer öffentlichen Anhörung mit einbringen.

Frank Kuschel

Gebührenerhöhungen erhitzen die Gemüter

Vor etwas mehr als einem Jahr teilte der Trink- und Abwasserzweckverband Eisenach-Erbstromtal mit, dass seit 2005 ein Millionendefizit entstanden ist. Eine überzeugende Begründung konnte er bis heute nicht liefern. Fest steht nur, dass schon lange keine Jahresrechnungen erstellt wurden und nie-

Bürger. Doch weil insbesondere der Eisenacher Oberbürgermeister, Matthias Doht, und der Bürgermeister von Wutha-Farnroda, Torsten Gieß (beide SPD), die Gebührenerhöhung als alternativlos darstellten, unterlag der Protest im Sommer. In einer Verbandssitzung wurden die Erhöhungen beschlossen – gleichzeitig

wurde zur öffentlichen Sitzung ein Wachschild bestellt, der den Zutritt der Öffentlichkeit verhinderte. Alternative Berechnungen von Frank Kuschel (MdL, DIE LINKE), wonach die Gebühren stabil gehalten werden könnten, wurden nicht diskutiert.

Jetzt hat der Verband begonnen,



mand wusste, wie es wirtschaftlich um den Zweckverband steht. Um das Defizit auszugleichen, schlug der Vorsitzende, Christian Köckert (CDU, ehemals Innenminister und Landtagsabgeordneter) drastische Gebührenerhöhungen und die Einführung von Grundgebühren für Wasser und Abwasser vor.

Gegen diese Idee protestierten die

die Gebührenbescheide zu verschicken und rückwirkend zum 1. Februar die Gebühren zu erhöhen. Damit erwachen auch Unmut und Unverständnis der Gebührenzahler erneut. Am 27. Oktober haben 500 Menschen auf dem Markt in Eisenach ihren Zorn deutlich gemacht. Die von der LINKEN vorbereiteten Musterwidersprüche waren innerhalb kürzester Zeit vergriffen.

Die Zugriffe auf die Homepage der Eisenacher LINKEN, wo diese heruntergeladen werden können, sind in die Höhe geschneit. Der Andrang bei einer Informationsveranstaltung mit Frank Kuschel am 29. Oktober war so groß, dass der vom Kreisverband der LINKEN angemietete Saal in einem Eisenacher Hotel nicht ausreichte, allen Interessierten einen Sitzplatz anzubieten. Wieder wurden mehrere hundert Widersprüche unterzeichnet. Die Bürgerinitiativen der Region arbeiten nun noch stärker zusammen und wollen erreichen, dass über ein Musterverfahren die Erhöhungen gerichtlich rückgängig gemacht werden.

Für DIE LINKE heißt es weiterhin, dass der Streit für sozial verträgliche Kommunalabgaben in erster Linie politisch ausgetragen werden muss. Dazu gehört auch, die Bürgermeister an ihre Verantwortung zu erinnern, wenn sie im Zweckverband stellvertretend für ihre Bürger Entscheidungen treffen.

Sascha Bilay

Symbolisch haben die betroffenen Gebührenzahler ihre Bescheide auf dem Marktplatz in die Toilette geworfen – ein Symbol für die gescheiterte Wasser- und Abwasserpolitik im Raum Eisenach.

Foto: Diana Glöckner